

**AUSZUG
STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL**

**der 26. Sitzung der
XX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

10.08 Uhr - 17.03 Uhr

Donnerstag, 24. Mai 2012

Tagesordnung

- 1.
2. *Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen*
- 3.
- 4.
- 5.
6. S
- 7.

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 476), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen zugestimmt wird (Zahl 20 - 300) (Beilage 505)

Berichterstatte(r)in: Klaudia F r i e d l (S. 3141)

Redner: Johann T s c h ü r t z (S. 3142), Leo R a d a k o v i t s (S. 3144), Edith S a c k (S. 3146), Landesrätin Mag. Michaela R e s e t a r (S. 3147) und Landesrätin Verena D u n s t (S. 3149)

Annahme des Beschlussantrages (S. 3151)

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 476, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen zugestimmt wird (Zahl 20 – 300) (Beilage 505)

Präsident Gerhard Steier: Ich ersuche nun die Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl um ihren Bericht zum 2. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 476, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen zugestimmt wird, Zahl 20 - 300, Beilage 505.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich darf die Frau Abgeordnete Klaudia Friedl um ihre Berichterstattung ersuchen.

Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Berichterstatteerin Klaudia Friedl: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den

Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen zugestimmt wird, in ihrer 19. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 9. Mai 2012, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Abgeordnete Friedl für die Berichterstattung.

Wir verabschieden auch hiemit die Schülerinnen und Schüler des Evangelischen Gymnasiums Oberschützen.

Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Klubobmann Johann Tschürtz, der dieses Publikum für seine Rede jetzt nicht mehr haben wird.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Wir kommen heute zur 15a Vereinbarung über die sprachliche Förderung in Kinderbetreuungseinrichtungen.

Zunächst muss man einmal festhalten, dass wir hier alleine schon von den Zielsetzungen her unsere Zustimmung geben werden, allein wenn man sich den Artikel 1 ansieht, wo steht, drei bis sechsjährige Kinder in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen, die über mangelnde Deutschkenntnisse verfügen, insbesondere jene mit nichtdeutscher Muttersprache sollen so gefördert werden, dass sie mit Eintritt in die erste Schulstufe der Volksschule die Unterrichtssprache Deutsch nach den Bildungsstandards zur Sprech- und Sprachkompetenz zu Beginn der Schulpflicht möglichst beherrschen. Das ist ein Thema der Freiheitlichen Partei schon seit einigen Jahren und wir werden deshalb natürlich dieser 15a Vereinbarung unsere Zustimmung geben.

Ich möchte noch anführen, dass Deutschkenntnisse natürlich auch unterrichtstauglich sein müssen, selbstverständlich ist die Zweisprachigkeit zu fördern. Selbstverständlich ist da die Beibehaltung verschiedener Muttersprachen zu fördern und vor allem die Volksgruppen im Burgenland, also wir haben ja im Burgenland die zweisprachigen Ortstafeln schon seit Jahrzehnten. Bei uns hat es auch kein Problem diesbezüglich gegeben. Was wir Freiheitliche wollen, ist der Umstand, dass es natürlich möglich sein soll für Kinder - im Burgenland ist es noch nicht der Fall - auch den Unterricht zu verfolgen.

Wenn heute 10 oder 15 verschiedene Nationen in einer Klasse sitzen, mit mangelnden Sprachkenntnissen sitzen. (*Landesrätin Mag. Michaela Resetar: Wo gibt es das im Burgenland? So ein Blödsinn.*) In der Volksschule Mattersburg zum Beispiel, in der Volksschule Mattersburg ... (*Abg. Ingrid Salamon: Geh! Geh! Nur wenn man Dinge weitererzählt, wird es auch nicht richtiger.*)

Also in der Volksschule Mattersburg sagen Sie, Frau Bürgermeister, ist alles in Ordnung, da gibt es kein Problem, (*Abg. Ingrid Salamon: ...woher gibt es die Daten?*) In Ordnung, gut, ich nehme das so zur Kenntnis.

Es geht nicht um 15 Nationen, *(Abg. Ingrid Salamon: Haben Sie gerade gesagt.)* sondern eine Spanne zwischen 10 und 15 Nationen, es könnten ja auch acht sein. *(Abg. Ingrid Salamon: Von woher gibt es die Daten?)*

Präsident Gerhard Steier: Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ) *(fortsetzend)*: Ich habe ja kein Problem, ich hab wirklich kein Problem, ja, in Ordnung, Frau Abgeordnete, habe ich ein Problem, *(Landesrätin Mag. Michaela Resetar: Das ist ein Wiener Problem.)* In Ordnung, gut.

Gott sei Dank, dass das Wiener Problem nie ins Burgenland kommt, Gott sei Dank, dass man das gar nicht ansprechen darf und Gott sei Dank, dass ...

(Abg. Ingrid Salamon: Um das geht es gar nicht. Es geht um Fakten, die hier gesagt werden. Es geht nicht darum, dass man Probleme nicht ansprechen darf und soll.)

Präsident Gerhard Steier: Ich darf die Frau Abgeordnete ersuchen, den Dialog einzustellen und Sie, Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ) *(fortsetzend)*: Ich habe überhaupt kein Problem, überhaupt nicht.

Präsident Gerhard Steier: Sie halten eine Rede.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ) *(fortsetzend)*: Man kann ja ruhig auch den Gefühlen freien Lauf lassen.

Präsident Gerhard Steier: Kein Zwiegespräch.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ) *(fortsetzend)*: Genau, was natürlich uns gefällt in der 15a Vereinbarung ist der Schlussbericht, die Vorlage eines Schlussberichtes, der notwendig ist, wo es darum geht, die Gesamtzahl der am Standort getesteten Kinder, die Anzahl der Kinder in Deutschförderbedarf sowie die tatsächlich geförderten Kinder vom Vorjahr, dann die Gesamtzahl der am Standort getesteten Kinder, dann die Angabe der Standorten, der Personaleinsatz und Stundenumfang der Deutschförderung, die Abrechnung des entsprechenden Kindergartenjahres.

Das heißt, hier wird alles auch in der Richtung behandelt wie wir Freiheitlichen, wie gesagt, das auch schon immer wieder fordern. Wie gesagt, in Wien gibt es natürlich Klassen, wo 85 und 90 Prozent die Muttersprache nicht beherrschen.

Wir hoffen, dass kommt nicht ins Burgenland. Im Burgenland gibt es auch Klassen, wo verschiedene, ich sage einmal zwischen acht, zehn verschiedene Sprachen in den Klassen sind und daher wollen wir nicht, dass auch Wiener Verhältnisse ins Burgenland kommen.

Wir dürfen auch die Augen nicht verschließen, dass im Bereich der Zuwanderung es bei den Zuwanderern bis zu 50 Prozent keinen Bildungsabschluss gibt. Das heißt, von allen, die kommen, gibt es bis zu 50 Prozent keinen Bildungsabschluss und die Zuwanderungszahl in Österreich ist derzeit höher als die Geburtenzahl.

Das muss man natürlich auch festhalten. Ich komme noch einmal zu den Deutschkenntnissen. Was mir bei der letzten Fragestunde nicht gefallen hat, aber das ist das Problem der SPÖ und vielleicht sieht man es anders, vielleicht hat man da subjektive Auffassungen und vielleicht versteht der eine oder andere etwas anders, aber als ich den Herrn Landeshauptmann die Frage gestellt habe bezüglich der Deutschkenntnisse in den Schulen, hat der Landeshauptmann gesagt:

Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Qualität des Unterrichts und auch das Leistungsvermögen eines Schülers nicht davon abhängig ist, ob er die deutsche Muttersprache hat oder nicht die deutsche Muttersprache.

Der Herr Landeshauptmann hat auch gesagt, insofern einen Zusammenhang herzustellen mit der nichtdeutschen Muttersprache ist schlecht, deutsche Muttersprache ist gut, ist sehr vereinfacht und stimmt nicht.

Was ich gemeint habe, ist die Tatsache, dass natürlich jemand, der die Volksschule oder eine Schule besucht, definitiv die deutsche Sprache können muss.

Es geht nicht darum, ob die Muttersprache ungarisch ist oder kroatisch ist, sondern mir geht es darum, dass die deutsche Muttersprache beherrscht werden muss und vor Jahren, als wir das noch gesagt haben, hat man uns noch als rechtsextrem bezeichnet, aber es dauert halt immer länger bis man auch draufkommt.

Der Herr Landeshauptmann hat auch gesagt, die Zahl der Kinder ist, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, pro Klasse prozentuell zu begrenzen, was auch im Interesse der inländischen als auch im Interesse der nichtösterreichischen Kinder läge, findet er nicht sinnhaft, das heißt, es soll keine Begrenzung geben. Das ist nämlich auch das Problem, aber ok, was ich aus der Fragestunde herauslese ist, dass der Herr Landeshauptmann damit gesagt haben möchte, dass wenn jemand keine Muttersprache hat die Deutsch ist und er aber die deutsche Sprache so lernt, dass sie unterrichtstauglich ist, dann hat er natürlich die gleiche Qualifikation, aber da sind wir eh gleich.

Was ich gemeint habe ist, dass man die Zahl begrenzt, die wirklich den Unterricht nicht verfolgen können und das ist das primäre Anliegen der Freiheitlichen Partei, dass man heute Klassen schafft, wo definitiv die Unterrichtssprache Deutsch ist und wenn damit diese Umstände, die es in Wien gibt, auch nicht ins Burgenland kommen.

Das ist einfach die Quintessenz dieser ganzen Diskussion. Ich verstehe schon, dass sich jemand vielleicht angegriffen fühlt, der Nächste sich vielleicht nicht so angegriffen fühlt, aber ich bleibe dabei, wir Freiheitlichen wollen, dass Schüler, die die Klassen im Burgenland besuchen, Deutsch sprechen müssen und zwar so sprechen müssen, dass sie dem Unterricht verfolgen können und dass es nicht so, wie die Grünen fordern, vielleicht sogar fünf, sechs Lehrer geben muss in den Klassen, die in der eigenen Muttersprache dann unterrichten. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter Tschürtz. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Leo Radakovits.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Leo Radakovits (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Kinderbetreuung ist laut Bundesverfassung Ländersache. Nachdem es in diesem Bereich zwar zu einer sehr dynamischen Rechtsmaterie gekommen ist, erwähne ich nur, dass die Bildungskomponente, die ja Bundessache ist, dazugekommen ist, dass es arbeitsmarktpolitische Fragen gibt, die hier hineinspielen, versucht der Bund immer wieder auch und vor allem über Förderungen in diesem Bereich, Standards vorzugeben und dies geschieht, ohne dass man die Bundesverfassung ändert mit dieser Artikel 15a Vereinbarung, wo sich der Bund mit den Ländern auf ein Prozedere einigt, wie man österreichweit auch dem Föderalismus entsprechend eine einheitliche Linie durchbringen kann.

Wir erwähnt, sind dabei immer auch die dementsprechenden finanziellen Mittel notwendig, die der Bund auch in dieser 15a Vereinbarung zur Verfügung stellt.

Die Länder selbst haben, vor allem auch das Land Burgenland im Jahr 2009 umfassend darauf reagiert, dass eine hohe Dynamik bei der Kinderbildung und Betreuung stattfindet, ein neues Gesetz gefasst. Ich darf nur erwähnen, dass hier ein gesetzlicher Versorgungsauftrag festgeschrieben wurde, ein Anspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind definiert wurde. Dass mehr Betreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen wurden.

Dass der Bildungsaspekt mit einem Entwicklungskonzept und einem pädagogischen Konzept auch Eingang gefunden hat, vor allem diese gemeindeübergreifenden Organisationen auch dementsprechend Eingang gefunden haben.

Der Mindestpersonaleinsatz und flexiblere, bedarfsgerechte Ferienregelungen auch Eingang gefunden haben. Neben vielen anderen Dingen sehr wichtige Tatbestände, die auch dadurch abgerundet werden, dass das Burgenland mit einer Betreuungsquote von 99,9 Prozent bei den Drei- bis Fünfjährigen an der Spitze aller Bundesländer liegt und mit einer Betreuungsquote von fast 27 Prozent bei den unter Dreijährigen an zweiter Stelle in Österreich rangiert. Burgenlandweit sind 287 Kinderbetreuungseinrichtungen für 10.500 Kinder mit 940 PädagogInnen und 400 HelferInnen im Einsatz. Die meisten davon in der Organisation der Gemeinden.

Das Land hat sich selbst auch mit dem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz verpflichtet, mehr Mittel in die Hand zu nehmen. Fast 22 Millionen Euro werden im Jahr 2012 bereitgestellt, den Gemeinden über Personalkosten, Förderungen in erster Linie auch zur Verfügung gestellt.

Die Gemeinden haben auch bewiesen in diesem 15a Vertrag, der erstmalig im Jahr 2008 hier im Land Burgenland - im Juli 2008 wurde die erste Artikel 15a Vereinbarung beschlossen -, dass sie in der Lage sind, auf diese dynamischen Entwicklungen treffsicher zu reagieren.

Die PädagogInnen sind Gemeindebedienstete und sie sind es eigentlich, die es schaffen, dass dieser Auftrag auch erfüllt wird zum Großteil, wo eben die Gemeinden die Träger sind, wie ich es erwähnt habe, sind die Gemeindebediensteten in der Lage, diesen Auftrag nicht nur zu erfüllen, sondern auch die Erfolgsquote sehr hoch zu halten.

Ich habe mich im Vorfeld bei meiner Kindergartenpädagogin erkundigt im Kindergarten Güttenbach und das Entscheidende ist, hat sie gesagt, dass auch die übrigen Kinder animiert werden, dass sie mit diesen Kindern mit Migrationshintergrund Deutsch sprechen, dass die Kommunikation gepflegt wird und dass das Kind sofort das Gefühl hat, es ist gut aufgenommen und mit dieser Sprache kann sie auch etwas anfangen beziehungsweise das Kind kann etwas anfangen und auch etwas in der Zukunft erreichen, hier fühlt es sich wohl.

Ich denke, dass das eigentlich auch der Erfolg des Miteinanders ist, wie es im Burgenland auch in der Mehrsprachigkeit über die Volksgruppen gepflegt wird. Dass im Kindergarten in der Betreuung bereits mehrsprachig gesprochen und mehrsprachig betreut wird, ist auch ein Konzept für die weiteren schulischen Erfolge.

Mit diesem 15a-Vertrag kann dann darauf aufgebaut und mit diesen Erfahrungen auch weiter gearbeitet werden. Ich möchte noch erwähnen, dass dieser Kinderbetreuungsbereich in den Gemeinden laut Gemeindefinanzstatistik derjenige Bereich ist, der bei den Ausgaben am meisten an Zuwächsen zu verzeichnen und in einigen Gemeinden bereits die Summe der Infrastrukturinvestitionen überschritten hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, dass hier die Gemeinden sehr wohl auch den Beweis dazu geliefert haben, dass sie in der Lage sind, nicht nur gewissen Trends zu folgen, sondern auch mit dem Bund und den Ländern gemeinsam die Vorgaben, die da sind, umzusetzen, in ihrem Bereich vor Ort die richtigen Ansprechpartner sind und auch diejenigen sind, die das im Einklang mit allen Betroffenen, mit den Gesetzgebern und vor allem auch mit den Eltern, die großes Interesse haben, dass die Betreuung funktioniert, auch vor Ort die Arbeit erledigen.

In diesem Sinne ist diese 15a-Vereinbarung, die heute zum Beschluss ansteht, eine sehr gute Fortsetzungsvereinbarung die für die Jahr 2012, 2013 und 2014 gelten soll, wo der Bund fünf Millionen Euro zur Verfügung stellt. Für das Land Burgenland bedeuten dies aufgrund der Aufteilung nach der Kinderanzahl 170.000 Euro pro Jahr, die das Land auch mit der gleichen Summe zu kofinanzieren hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was auch wichtig ist, ist die Tatsache, dass sich der Integrationsfonds, der über den Integrationsstaatssekretär Kurz hier auch in diese 15a-Vereinbarung Eingang gefunden hat, und auch das Bundesministerium für Inneres, um zukünftige Fragen bei der Integration hier über diese Schiene auch regeln zu können, hier sehr engagiert bei der Evaluierung war.

Abschließend möchte ich der Bildungslandesrätin, die auch für die Kinderbetreuung zuständig ist, der Mag. Michaela Resetar, herzlich danken, dass die Gemeinden auch die richtige Ansprechpartnerin haben, wenn es darum geht, in dieser Dynamik Rechtssicherheit zu haben und vor allem auch dann die finanziellen Hilfestellungen zu bekommen, die seitens des Landes massiv ausgeweitet wurden und die auch mit den Gemeindeinvestitionen konform gegangen sind.

In dieser Richtung ist sicherlich auch die Kinderbetreuung und Kinderbildung im Burgenland auf sehr guten Schienen unterwegs. Wir werden selbstverständlich dieser 15a-Vereinbarung unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter Radakovits. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Edith Sack. Ich erteile Ihr das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Die frühkindliche sprachliche Förderung von Kindern, die wir heute mit dieser 15a-Vereinbarung beschließen wollen, hat eines zum Ziel und zwar, dass den Kindern der Einstieg in die Volksschule erleichtert wird.

Das zum Einen. Zum Anderen, dass die zukünftigen Bildungschancen der Kinder optimiert werden und vor allem auch in weiterer Folge, dass den Kindern ein besserer Start für ihr späteres Berufsleben ermöglicht wird.

Seit September 2009 gibt es in Österreich für alle Kinder einen Rechtsanspruch für einen kostenlosen Kindergartenplatz und das für 20 Stunden in der Woche. Der Besuch des letzten Kindergartenjahres ist außerdem seit 2010 für alle fünfjährigen Kinder halbtags verpflichtend in Österreich. Im Burgenland waren wir in diesem Bereich bereits seit einigen Jahren, oder bereits Jahre davor Vordenker. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben den Gratiskindergarten eingeführt. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist kein Gratiskindergarten!)* Die Sozialdemokraten... *(Abg. Manfred Kölly: Das sage ich Euch schon hundertmal: Ihr versteht es halt einfach nicht!)* Ja, aber... Du kapiert es leider

nicht! (*Abg. Ing Rudolf Strommer: Heh! Heh! Was soll denn das? Herr Präsident! Ich bin zwar jetzt nicht sein Freund, aber das kann es doch nicht sein, dass Mitglieder des Landtages so behandelt werden. – Allgemeine Unruhe*)

Präsident Gerhard Steier |: Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ) (*fortsetzend*): Wir haben für alle Drei- bis Sechsjährigen ... (*Abg. Ing Rudolf Strommer: Das kann es wirklich nicht sein!*) Na, er hat es doch auch gesagt! Wir haben ein Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz geschaffen. Das hat die Sozialdemokratie geschaffen, wo schon jetzt pädagogische Konzepte vorgelegt werden müssen in denen die Sprachförderung ein großer Schwerpunkt ist. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Der Herr Kurz hat, zum Beispiel, vorgeschlagen, das zweite Kindergartenjahr für vierjährige Kinder einzuführen. Das hat für das Burgenland keine Relevanz, weil bei uns ohnehin alle Kinder von drei bis sechs Jahren unsere Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen besuchen. Hier liegen wir österreichweit mit fast 100 Prozent an der Spitze. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Dank Frau Landesrätin Resetar!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle Kinder haben das Recht auf faire und gleichwertige Startbedingungen beim Schuleintritt. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Mit Beginn der Schulzeit ist die Sprache eine ganz wichtige Schlüsselkompetenz. Kinder, die sich beim Schuleintritt bereits in Deutsch gut ausdrücken können und über einen kindgerechten Wortschatz verfügen, haben zweifelsohne einen großen Startvorteil.

Sprachliche Rückstände sind während der Schulzeit oft nur sehr schwer abzubauen oder aufzuholen und bereiten unseren Kindern nicht nur im Deutschunterricht, sondern natürlich dann auch in Folge in den anderen Fächern Probleme. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Doch diese Hürden sind mit dieser sprachlichen Frühförderung vermeidbar. Unsere Frau Unterrichtsministerin Claudia Schmied hat sich dafür eingesetzt, dass die Mittel für die frühe Sprachförderung von 500.000 Euro auf fünf Millionen Euro verzehnfacht wurden. Das Burgenland erhält nun vom Bund, das hat mein Kollege Radakovits schon gesagt, jährlich bis zu 170.350 Euro. Die Mittel werden aufgrund der Kinderanzahl auf die Bundesländer aufgeteilt und vom Land in gleicher Höhe kofinanziert.

In die Zukunft unserer Kinder zu investieren ist ein gut angelegtes Geld. Nutznießer von diesen Förderungen sind unsere Kinder, sind die Eltern und letztendlich auch unsere Gesellschaft. (*Beifall bei der SPÖ*)

Es geht hier um verstärkte Chancen, es geht hier um Gleichwertigkeit und es geht hier um Gerechtigkeit. Die Sprache ist die Grundkompetenz für das ganze Leben und eine rechtzeitige Förderung sichert die Zukunft jedes einzelnen Kindes.

Wir stimmen daher sehr gerne der 15a-Vereinbarung zu. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Abgeordnete Sack. Als Nächste zu Wort gemeldet von der Regierungsbank Frau Landesrätin Mag. Michaela Resetar. Ich erteile Ihnen das Wort.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Kinderbetreuungseinrichtungen haben sich in den letzten Jahren zu echten Bildungseinrichtungen entwickelt. War es früher doch so, dass die Kinder eigentlich nur

aufbewahrt worden sind, so sind sie heute zu Bildungseinrichtungen geworden, wo die Kinder eigentlich schon im Kinderkrippenalter auch gefördert und auch gefordert werden.

Diese Bildungseinrichtungen sind für mich nicht nur deshalb eine erste Anlaufstelle, weil die Kinder auf die Schule vorbereitet werden sollen, sondern weil natürlich auch in den einzelnen Bildungseinrichtungen eine Vielzahl von sozialen Kompetenzen erlernt werden. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Denn für mich steht außer Frage, dass zur Bildung nicht nur die Fähigkeiten und die Fertigkeiten gehören, wie zum Beispiel mit einer Schere umzugehen, oder auch den Lehrplan dann auch letztendlich zu unterrichten, für mich geht es auch um den sozialen Umgang, den gegenseitigen Respekt oder einfach auch nur um das Grüßen. Denn schließlich sind es diese und auch andere Fertigkeiten, die unsere Gesellschaft stark machen.

Ich möchte mich daher an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Bürgermeistern bedanken, egal welcher Fraktion sie auch angehören, denn mit ihnen und mit uns gemeinsam haben wir es geschafft, dass wir mit Stolz sagen können: Wir haben die besten Bildungsbetreuungseinrichtungsplätze von ganz Österreich. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der ÖVP)*

Diese neuen Artikel 15a-Vereinbarung stellt darauf ab, dass die Kinder mit dem Eintritt in die erste Schulstufe der Volksschule die Unterrichtssprache Deutsch nach dem Bildungsstandards zur Sprech- und Sprachkompetenz zu Beginn der Schulpflicht möglichst beherrschen. Wir alle wissen, dass das ausreichende Beherrschen der deutschen Sprache wichtig ist und eigentlich in weiterer Folge dann die Grundvoraussetzung schlechthin für das Verfolgenkönnen des Unterrichts ist.

Denn diese Defizite können nicht mehr aufgeholt werden und sie münden auch dann dadurch, dass manche nicht einmal die Schule abschließen, keinen Hauptschulabschluss haben, auch keine Lehre beginnen in einer hohen Arbeitslosigkeit. Die Folgen dieser Arbeitslosigkeit für eine Gesellschaft und ein Land sind uns allen bekannt.

Wir wissen auch, dass das Erlernen der deutschen Sprache eine Grundvoraussetzung für die Integration von Zuwanderern ist. Deshalb finde ich es sehr bedeutend, dass sich Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz dieser Angelegenheit angenommen hat und auch Frau Finanzminister Maria Fekter dieses Geld zur Verfügung gestellt hat. An dieser Stelle herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der ÖVP)*

Denn es ist schon fadenscheinig, wenn ich auf der einen Seite von Zuwanderung spreche und Integration und Anpassung verlange, aber andererseits nicht die dazugehörigen Maßnahmen setze oder auch die Mittel zur Verfügung stelle. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Gemeinsam mit dem verpflichtenden Kindergartenjahr für Fünfjährige werden wir vor allem in den Ballungszentren mit dieser Vereinbarung erreichen, dass die Kinder die besten Voraussetzungen haben, die deutsche Sprache frühestmöglich zu erlernen, das sich andererseits auch die Eltern am Riemen zu reißen und das sie ihren Kindern das gleichtun.

Meine Damen und Herren! Diese Artikel 15a-Vereinbarung ist aber nicht nur eine Maßnahme zur Integration der Zuwanderer, denn es sollen von dieser Maßnahme alle Kinder profitieren, die Probleme mit der Sprache haben. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Abgeordneter Tschürtz! Was Sie angesprochen haben, das spielt sich schon zum Teil in Wien ab. Da brauchen wir auch nicht wegschauen, dass wissen wir auch, dass 80, 90 Prozent anderer Muttersprache sind, wenn sie in die Volksschule eintreten. Das Problem aber im Burgenland ist zum Teil auch von diesen 230 Kindern, die eine sprachliche Frühförderung genießen, dass nur rund fünfzehn Prozent Migrationshintergrund haben und der Rest der anderen nicht der deutschen Sprache mächtig sind.

Dass früher mal die Großeltern mit ihren Enkelkindern oder auch die Eltern Geschichten vorgelesen haben, das fehlt zum Teil und das muss dann im Kindergarten aufgefangen und aufgeholt werden.

Dazu möchte ich mich aber an dieser Stelle ganz herzlich bei allen KindergartenpädagogInnen bedanken, denn sie leisten hier Hervorragendes. Ich bin auch sehr froh darüber, dass wir sehr gut motivierte KindergartenpädagogInnen haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aufgrund der hohen Betreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen, nämlich 99,9 Prozent, immerhin ist hier das Burgenland Österreichmeister, bin ich auch sehr zuversichtlich, dass im Burgenland auch alle Kinder, die sprachliche Defizite haben, erfasst werden und dass sie durch diese Förderung auch profitieren.

Eines, meine Damen und Herren, möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch noch erwähnen. Wie ich eingangs gesagt habe, haben sich diese Kinderbetreuungseinrichtungen zu echten Bildungseinrichtungen gewandelt. Doch es sollte uns allen bewusst sein, dass wir den Kindern auch die Chance geben müssen, Kind zu sein und Kind zu bleiben.

Für mich ist es daher unumgänglich, dass wir die Kinder im Kindergarten nicht mit Lehrplänen überhäufen, sondern dass das spielerische Lernen im Vordergrund sein soll.

Ich möchte mich bei allen bedanken. Denn durch ihre Hilfe ist es gelungen, dass wie eingangs, was auch der Herr Abgeordnete Leo Radakovits erwähnt hat, viele Hürden oder beziehungsweise viel den einzelnen Gemeinden aufgebürdet wurde, aber wir haben es gemeinsam geschafft, Bester von allen anderen Bundesländer zu sein. Daher sage ich Danke. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Landesrätin. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich von der Regierungsbank Frau Landesrätin Verena Dunst. Ich erteile Ihnen das Wort.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese 15a-Vereinbarungen hat im Burgenland in den meisten Fällen unterstützend dazu beitragen, dass wir zusätzliche Gelder bekommen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir waren in den letzten Jahren sehr erfolgreich. Wir haben in der Kinderbetreuung in den letzten Jahren vier 15a-Vereinbarungen unterschreiben können, mitgetragen und haben sie auch verhandelt. Eines brauchen wir uns da nicht vormachen, nämlich, dass die Bundesregierung, und ich sehe sie gesamthaft, vom Bundeskanzler bis zur Frauen-, Familien- und Finanzministerin und so weiter, alle nicht davon ausgegangen sind, dass diese 15a-Vereinbarung noch für das Jahr 2012 schlagend wird.

Alle Bundesländer gemeinsam haben in vielen zähen Verhandlungen erreicht, dass das nachträglich ins Budget kam. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich

finde es für äußerst wichtig und wertvoll. Ich glaube, uns ist allen klar - bringen wir es bitte auf den Punkt - auch Herr Abgeordneter Tschürtz, Herr Abgeordneter Radakovits, Frau Abgeordnete Sack: Gelder für die Bildung sind Gelder für einen sozialen Ausgleich, Gelder für die soziale Gerechtigkeit. Wenn ich mir heute anschau, und als Pädagogin schau ich natürlich, das ist aber ohnehin klar, auch wenn ich jetzt schon längere Zeit nicht mehr im Unterricht stehe, auf die Chancengleichheit im Bildungsbereich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn wir heute Volksschüler haben, und Sie wissen es alle, viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind da, Kinder haben, die mit einem Defizit von minus 17 Prozent beginnen, dann bedeutet das, dass das Kinder sind, und ich habe sie in 18 Jahren oft genug unterrichtet, die dieses Defizit vom sechsten bis zum 14. beziehungsweise 15. Lebensjahr mitschleppen, weil sie sich sprachlich nicht ausdrücken können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dabei geht es um bestimmte Dinge. Dabei geht es nicht nur um lesen und reden, dabei geht es auch um Sinn erfassend die Dinge zu erkennen, Zusammenhänge, Synergien zu erkennen beziehungsweise Informationen zu verarbeiten. Das, was ein junger Mensch von Kindheit an braucht - genau um diese Dinge abzuarbeiten und um diese 17 Prozent auszugleichen.

Wir brauchen uns auch gar nichts vormachen. Das werden wir auch nicht flächendeckend schaffen. Aber, es ist ein guter und positiver Ansatz. Daher hat es natürlich absolut auch meine Zustimmung und absolut auch mein Verhandeln mit dabei richtig und wichtig erachtet.

Ich kann uns nur allen gratulieren. Die Frau Kollegin hat es schon gesagt, den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen. Für sie ist es ganz wichtig, dass in dieser 15 a - und das war auch ein harter Kampf - nicht nur die Personal-, sondern auch Infrastrukturkosten, zumindest zu einem bestimmten Zeitraum, enthalten sind. Sodass sie diese Mittel als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auslösen können.

Ich gratuliere uns allen und bedanke mich bei der gesamten Bundesregierung, aber auch hier bei der Landesregierung.

Wir müssen, Kollege Bieler, diese 170.000 zu 100 Prozent kofinanzieren. Das heißt 170.000 von der Regierung, 170.000 vom Land. Auch das ist geglückt. Ich bin überzeugt, dass es gut ist. Es wird den Kindern helfen, es wird der Bildung helfen, es wird der Frauenerwerbsquote, es vielen Menschen helfen. Diese brauchen es auch.

Sprachliche Frühförderung ist richtig und wichtig. Ein Danke natürlich auch den Kindergartenpädagoginnen und Kinderpädagogen. Die Kindergarteninspektoren sitzt - stellvertretend für alle - oben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt gibt es einfach mehr Mittel und wir müssen die Kinder fördern. In diesem Sinne ein guter Tag für diese 15a. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Herzlichen Dank Frau Landesrätin. Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, darf ich die Frau Berichterstatterin, Klaudia Friedl, um ihre Berichterstattung ersuchen. *(Abg. Klaudia Friedl: Ich verzichte!)*

Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen, wird gemäß Art. 81, Abs. 2 L-VG mehrheitlich zugestimmt.